



23.07.2026

Antrag

Betr.: Schulwegepläne für weiterführende Schulen in der Mainzer Oberstadt;
mehr Sicherheit für den Schulweg mit dem Fahrrad und zu Fuß in der
Mainzer Oberstadt

Der Ortsbeirat möge beschließen:

Die Verwaltung wird dringend gebeten, die Schulwege, aller weiterführenden Schulen, mit dem Fahrrad und zu Fuß in der Mainzer Oberstadt auf Sicherheit, Komfort und möglichst direkte Führung des Fuß- und Radverkehrs zu prüfen und Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere für radfahrende Schülerinnen und Schüler umzusetzen.

Des Weiteren sollen Schulwegepläne für weiterführende Schulen der Mainzer Oberstadt, ähnlich der Schulwegepläne für Mainzer Grundschulen, in das Geografische Informationssystem der Stadt Mainz aufgenommen werden.

Die wichtigsten Schulwegeverbindungen sollen hinsichtlich Unfallrisiken und Konfliktpunkten analysiert werden und Lücken im Radwegenetz geschlossen werden. Gefährliche Kreuzungen und Einmündungen durch bessere Sichtbeziehungen, Markierungen und ggf. eigene Fahrradampeln entschärft werden. Fahrradstraßen auf den Routen sollen geprüft werden und Geschwindigkeitsüberwachungen verstärkt werden. Die Schulgemeinschaft soll bei der Ermittlung kritischer Stellen beteiligt werden.

Begründung:

Kinder und Jugendliche nutzen das Fahrrad für den Weg zur Schule und gehen auch zu Fuß. Jedoch ist die derzeitige Verkehrssituation in der Mainzer Oberstadt durch starken Kfz-Verkehr, unübersichtlichen Kreuzungen, Straßenbahnlinien und teilweise lückenhafter Radinfrastruktur sehr gefährlich. Die Stadt Mainz möchten den Radverkehr fördern, gerade Schulwege müssen hier besonders berücksichtigt werden. Sichere Wege fördern die selbstständige Mobilität von Kindern und Jugendlichen, reduzieren die Elterntaxis und leisten einen Beitrag zu Klimaschutz, Gesundheit und Verkehrssicherheit. Daher ist eine gezielte Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur auf Schulwegen in der Oberstadt erforderlich. Die Aufnahme in das Geografische Informationssystem soll zur Verkehrssicherheit beitragen und Personen informieren.

gez.
Simone Bludau